

SCHULSTRUKTURREFORMEN TROTZ DES HAMBURGER DESASTERS

Joachim Lohmann

Erscheint voraussichtlich im Zweiwochendienst zwd

Der Volksentscheid ist die zweite plebiszitäre Niederlage von Schulreformern in Hamburg. Die Volksinitiative „Eine Schule für alle“ scheiterte schon an der zweiten Hürde des Volksbegehrens. Dagegen übersprang die gegen das Schulreformgesetz gerichtete Volksinitiative „Wir wollen lernen“ mühelos die letzte Hürde. Dabei waren die Voraussetzungen für ein Gelingen der Schulreform selten so günstig:

- Alle in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien standen hinter dem modifizierten Schulreformgesetz. Der angesehene CDU-Bürgermeister Ole v. Beust engagierte sich persönlich für die Reform.
- Die Behörde hatte viele Widerstände gegen die Details durch eine dezentrale Schulentwicklungsplanung ausgeräumt und auf die Zusammenlegung von Schulen und ihren Leitungen mit einer neuen Leitungsstruktur geantwortet. So standen alle Grundschulen hinter der Primarschulreform.

Dennoch haben die Schulreformer sich selbst über- und die Gegner unterschätzt:

- Eine positive Stimmung für längeres gemeinsames Lernen reicht nicht, Stimmung ist nicht identisch mit Stimmen; vielmehr sind obere Sozialschichten leichter mobilisierbar und Widerstand zeigt sich als Unterstützung.
- Mit Repräsentanten von Parteien, Verbänden und Organisatoren hat man noch nicht deren Mitglieder und Sympathisanten gewonnen. Das galt besonders für die CDU, aber es trifft auch für linke Parteien und Organisationen zu, deren Mitglieder gespalten sind: einigen geht die Reform nicht weit genug, anderen zu weit und wieder andere sind gegen Reformdetails.
- Dagegen haben es die Reformgegner geschafft, Mitglieder und Sympathisanten von Parteien und Organisationen gegen deren Repräsentanten zu mobilisieren – und dies, ohne auf einen kampagnenfähigen Verband zurückgreifen zu können.

Der Erfolg der Volksinitiative „Wir wollen lernen“ ist ein schwerer Schlag für Bildungsreformer; denn die Reformgegner in der Gesellschaft fühlen sich gestärkt, die Bereitschaft der CDU, sich zugunsten neuer Bündnisse in den Ländern für Bildungsreformen zu öffnen, geht zurück, und die Skepsis in den linken Parteien gegenüber ihren Bildungspolitikern und ihren Strukturreformen wird zunehmen.

Dabei ist die Bedeutung von Strukturreformen selbst bei linken Bildungspolitikern lange unterschätzt worden. Grund war eine falsche Interpretation der PISA-Ergebnisse. Aus ihnen wurde gefolgert, dass nicht die Schulstruktur, sondern die Einzelschule wichtig sei. Diese Interpretation war auch laut Baumert falsch. Denn PISA hat die Schulstrukturen nicht untersucht, weil kaum ein Staat innerhalb der OECD vertikale Schulstrukturen aufweist. Baumert hat daraufhin die PISA-Daten nur für Deutschland analysiert. Danach ist für

das Lern- und Entwicklungsniveau der Schüler/-innen die Schulform ähnlich wichtig wie das Leistungs- und Fähigkeitsniveau der Schülerschaft.¹ Mit einer Strukturreform lässt sich daher die Leistungsentwicklung der Schüler/-innen am stärksten beeinflussen. Sie sollte daher das wichtigste Reformanliegen linker Bildungspolitik sein.

Der Rückschlag von Hamburg kommt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt; denn nach Jahrzehnte langem Stillstand hatten endlich Strukturreformen in Deutschland wieder begonnen.

Dennoch, in Hamburg ist nicht die Strukturreform gescheitert, sondern nur **eine** Strategie. Diese Strategie, bei der Eltern Nachteile für die Bildungschancen ihrer Kinder befürchten, ist gesellschaftlich nicht durchsetzbar; selbst dann, wenn – wie in Hamburg – die Reform die personellen Ressourcen beachtlich zu verbessern verspricht. Also auch unter günstigen Voraussetzungen ist die Verlängerung der Grundschulzeit Innerhalb des bestehenden vertikalen Schulaufbaus nicht zu erreichen.

Dessen ungeachtet sind Schulstrukturreformen in Deutschland weiter möglich, sie gehen auch in Hamburg weiter. Doch sie verlangen andere Strategien:

1. Eine verbindliche Reform ist durchsetzbar, wenn sie neben Ängsten daneben verbesserte Chancen eröffnet.
2. Auch eine auf die Freiwilligkeit der betroffenen Eltern setzende Reform ist vermittelbar.
1. Die zweigliedrige Oberschul-Lösung wird in Berlin und Bremen ohne nennenswerten politischen oder gesellschaftlichen Widerstand realisiert. Auch in Hamburg ist die zweigliedrige Oberschul-Lösung unbestritten. Auch in Schleswig-Holstein konnte die Oberschul-Lösung zusammen mit einer Mittelschule selbst gegen eine vom Realschul-Lehrerverband getragene Volksinitiative realisiert werden und in Rheinland-Pfalz wird eine Oberschul-Lösung mit einem Nebeneinander von Realschule plus, Gesamtschule und Gymnasium verwirklicht. Bei dieser zweigliedrigen Oberschul-Lösung werden Haupt- und Realschule durch Gemeinschaftsschulen ersetzt, die entweder über eine eigene gymnasiale Oberstufe oder über einen festen Verbund mit einer Oberstufe verfügen. Bei den Realschul-Eltern übertrifft die verbesserte Chance auf ein Abitur die Befürchtung, dass ihre Kinder durch potentielle Hauptschüler/-innen beeinträchtigt werden könnten. Die Umsetzung der zweigliedrige Oberschul-Lösung wird deutlich erleichtert bei der Zustimmung auch der CDU, ist aber darauf wie in Berlin und in Rheinland-Pfalz nicht angewiesen.
2. Auch die auf Freiwilligkeit der Eltern beruhende inklusive Erziehung von Jugendlichen mit Behinderungen in allgemeinen Schulen ist erreichbar. Bei besserer personeller Ausstattung und geringeren Klassenfrequenzen ist ein Teil der Eltern gewinnbar, einer inklusiven Erziehung für ihre Kinder zuzustimmen. So werden inzwischen in Schleswig-Holstein gut 40 %, in Berlin, Brandenburg und Bremen knapp 40 % der Jugendlichen mit Behinderungen in allgemeinen Schulen unterrichtet. Von ihnen besuchen allerdings nicht einmal je 2 Prozent Realschulen bzw. Gymnasien.

Eine Strategie hin zur zweigliedrigen Oberschul-Lösung bedeutet keineswegs den Verzicht auf eine gemeinsame Schule für alle. Die drei Stadtstaaten streben die Konvergenz von Gemeinschaftsschule und Gymnasium an. So

¹ J. Baumert u.a., Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen, Wiesbaden 2006, S. 174.

werten sie die Gemeinschaftsschule auf, indem sie ihre soziale und ethnische Schülerzusammensetzung durch verbesserte personelle Ressourcen und in Berlin auch generell über Ganztagschulen kompensieren. Darüber hinaus stellen sie die Gemeinschaftsschule dem Gymnasium – abgesehen von der Übergangsauslese – weitgehend gleich. Gegenüber der Gesamtschule wird die Gemeinschaftsschule vor allem auf die Hochschulreife ausgerichtet, Haupt- und Realschulabschluss wie am Gymnasium geregelt und auf eine vorgeschriebene äußere Leistungsdifferenzierung verzichtet.

Auch eine Reform des Gymnasiums ist nicht tabu. Die drei Stadtstaaten sehen eine Annäherung des Gymnasiums an die Gemeinschaftsschule vor: die innerschulische Auslese des Gymnasien wird rechtlich weitgehend eingeschränkt. Damit wird ein Wesensmerkmal des selektiven Schulsystems aufgegeben. Mit dieser Strategie der Kompensation und der Konvergenz weisen die drei Stadtstaaten über die zweigliedrige Oberschul-Lösung hinaus.

Weitere Schritte der Kompensation und der Konvergenz sind möglich. Ein großer Schritt wäre, das Recht auf Inklusion auch für das Gymnasium durchzusetzen. Mit der Infragestellung der Übergangsauslese entfielen ein weiteres zentrales Kriterium des bestehenden selektiven Schulsystems.

Mit dem zweiten ergebnislosen Bildungsgipfel und der gescheiterten Primarschulverlängerung in Hamburg wird verstärkt auf eine bildungspolitische Kompetenz des Bundes gedrängt. Was unter dem Gesichtspunkt der Bildungsfinanzierung verständlich ist, würde sich für Schulstrukturreformen fatal auswirken. Die gescheiterten Bildungsgipfel haben gezeigt, dass selbst kleinste Gemeinsamkeiten unter den Ländern fehlen. Die CDU/CSU-geführte Ländermehrheit ist nicht einmal zu leichten Zugeständnissen bereit, um der Kanzlerin einen Erfolg eines Bildungsgipfels zu ermöglichen. Es sind die fehlende Bundesrahmenkompetenz und damit die fehlenden institutionellen gegenseitigen Mitwirkungsrechte der Länder, die bisher die Strukturreformen der einzelnen Länder möglich machten. Die Generalisierung der Strukturreformen ist nicht über neue Bundes-, zusammen mit neuer Bundesratskompetenz zu erreichen, sondern weiterhin über internationale und nationale Untersuchungen und Analysen, über globalen Druck, über übernationale und Länderbeispiele sowie über eine nationale Öffentlichkeit.

Die gemeinsame Schule für alle ist realisierbar. Sie verlangt von den linken Parteien neben der Klarheit der bildungspolitischen Ziele die Bereitschaft zu realistischen Strategien.